

## EDITORIAL

# Was für ein Jahr!

Das Jahr 2020 geht zu Ende und wir blicken auf eine unglaubliche Menge an tiefgreifenden, prägenden Ereignissen zurück. „Die Pandemie hat unsere gängigen Vorstellungen über Art und Umfang des Gesundheitsinformationsaustauschs erschüttert. [...] Außerdem hat die Pandemie bewiesen, dass die Gesundheitsversorgung nicht lokal ist“, resümiert Niam Yaraghi, Forscher an der Brookings Institution. Während sich Infektionskrankheiten dank der vernetzten Welt in rasendem Tempo ausbreiten, haben sich Gesundheitssysteme nicht hinreichend vernetzt und sind nicht gewappnet, koordiniert auf ein weltweit grassierendes Virus zu reagieren.

Die Covid-Pandemie wühlte die globalisierte Weltordnung auf, brachte Schwachstellen in Gesundheitssystemen weltweit ans Licht und zeigte vor allem eins: Digitalisierung ist zentral für die Lösung der Probleme von morgen.

Daher schwenken wir in unserer letzten Ausgabe der *Digital Insight* in diesem Jahr den Blick auch ins Ausland: Maria Ulmer, CDO (Chief Digital Officer) der Republik Österreich, beschreibt im Gastkommentar, wie der elektronische Identitätsnachweis Österreich zu durchgängig digitalisierten Verwaltungsverfahren verhilft. Georg Krause, CEO msg Plaut Austria, fragt im *msgComment*, warum digitale Lösungen in Österreich und Europa nicht so erfolgreich die Pandemie bekämpfen konnten wie in manchen asiatischen Ländern. Wie Cockpits, die Cloud-Plattform GAIA-X und Upload-Filter die Datennutzung verbessern, schildert unsere Rubrik *InBrief*. Über unsere Veranstaltung „Digitale Synergien“ zum Thema „Werteorientierte digitale Transformation“ mit Eileen Fuchs, Referatsleiterin BMI, können Sie im Abschnitt *InPerson* lesen. Unter *InFocus* finden Sie einen Beitrag zum Thema Genuine Contact von Alina Stosiek. Und in *Political Voice* skizziert Maik Beermann, MdB, die Herausforderungen der Digitalisierung im ländlichen Raum.

Egal in welche Richtung wir schauen, die zunehmende Digitalisierung und die damit einhergehende Vernetzung des Gesundheitswesens ist unausweichlich und dringend nötig, wenn wir der nächsten Pandemie vorbereitet begegnen möchten. In unserer nächsten Ausgabe im Jahr 2021 werden wir uns damit beschäftigen, wie dies gelingen kann.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen, schöne Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Regina Welsch

Redaktionsleitung *Digital Insight*,

Lead Public Affairs Manager, msg

GUEST COMMENT

# Elektronischer Identitätsnachweis und digitale Ausweise

So bringen wir die digitale Transformation von der Landstraße auf die Autobahn



Von Maria Ulmer (Chief Digital Officer der Republik Österreich)

Österreich nutzt schon heute viele Potenziale der Digitalisierung für eine effiziente, bürgernahe Verwaltung. Doch künftig soll die Verwaltung noch mehr Service und Problemlösung im Alltag ermöglichen. Die digitale Transformation macht die öffentliche Verwaltung einfacher und effizienter – und bringt viele wirtschaftliche Vorteile für Unternehmen und Bürger. So können etwa Unternehmen durch digitale Prozesse Zeit und Geld sparen. Die eingesparten Mittel können für Investitionen genutzt werden, die Wachstum und Arbeitsplätze schaffen. Das ist in Zeiten von Covid-19 wichtiger denn je. Wir haben in der Covid-Krise aber auch deutlich gezeigt, dass nur durchgehend digitale Prozesse die Funktionsfähigkeit von Verwaltung und Wirtschaft sicherstellen. Das bedeutet, wir brauchen umfassend digitale Prozessketten und die Sicherheit, dass in diesen Prozessen die Beteiligten auch jene sind, die sie vorgeben zu sein, und dass deren Handeln auch rechtlich gedeckt ist bzw. den nachvollziehbaren Willen darstellt. Beides ist im realen Leben einfach durch Ausweise und Sichtkontrolle sowie eine Unterschrift abbildbar. In der digitalen Welt braucht es dazu eine sichere elektronische Identität, einen digitalen Ausweis und eine digitale Signatur.

Österreich hat bereits seit ca. 20 Jahren auf die elektronische Identität – gekoppelt mit einer digitalen Signatur – gesetzt. Beide Funktionen sind für Verwaltungsprozesse genauso wie in der Wirtschaft notwendig. So benötigt man bei einem Vertragsabschluss auch im Privaten eine rechtssichere Willenserklärung, die man mit einer digitalen Signatur abbilden

kann. Zudem hat die österreichische Verwaltung bereits vor 10 Jahren auf eine mobile Lösung gesetzt, die Handy-Signatur, und diese mit der Digitalen Amts-App 2019 dann entsprechend weiterentwickelt. Auch in der Covid Krise war der mobile Zugang zu den Services ein wesentlicher Treiber von digitalen Services. Die Marktdurchdringung von Smartphones in Österreich beträgt mittlerweile 94 Prozent. Es ist daher eine logische Konsequenz, die E-Government-Angebote möglichst flächendeckend für mobile Endgeräte anzubieten. „E(lectronic)-Government“ wird zu „M(obile)-Government“.

In Österreich besitzen derzeit 1,6 Mio. Bürgerinnen und Bürger einen mobilen elektronischen Identitätsnachweis (Handy-Signatur). Die Handy-Signatur wird zwischen 60.000 und 100.000 Mal pro Tag genutzt. Die Verwaltung bietet weiter über 250 Anwendungen mit der Handy-Signatur an.

Mit der Umsetzung von oesterreich.gv.at und der dazugehörigen App „Digitales Amt“ wurde der elektronische Identitätsnachweis (E-ID) vollkommen mobil. So kann man heute mit dem mobilen E-ID zB. eine Wahlkarte beantragen, den Wohnsitz ändern, die Geburt eines Kindes melden, eine nachweisliche elektronische Zustellung abholen und vieles mehr. Alles von einem Smartphone aus.

Die österreichische Verwaltung hat sich entschlossen, hier aber noch weitere Schritte zu setzen und die jetzige Lösung des E-ID weiter zu entwickeln, um damit noch mehr Nutzen für Bürger, Verwaltung und die Wirtschaft zu ermöglichen. Der E-ID soll zur Identity Austria (IDA) entwickelt werden und so die Grundlage für die Bereitstellung von Daten aus den öffentlichen Registern und digitalen Ausweisen bieten. Die IDA ist mit Oktober 2020 in einen Parallelbetrieb gegangen, ist vollkommen mobil nutzbar und wird durch einen behördlichen Registrierungsprozess noch sicherer.

Die IDA wird neben der klassischen elektronischen Identität und der digitalen Signatur die Möglichkeit bieten, mit Zustimmung der Betroffenen Daten aus den Registern des Staates, Anwendungen aus der Verwaltung und auch aus der Wirtschaft bereitzustellen. So kann der Vermieter von

Autos bei der Registrierung von neuen Kunden sowohl deren Meldeadresse als auch die Fahrberechtigung in seinem Portal mittels IDA erhalten. Damit ermöglicht die österreichische Verwaltung der Wirtschaft den einfachen Zugang zu den zentralen Registern und dies unter Wahrung des Datenschutzes. Bürger müssen immer die Zustimmung erteilen und haben die alleinige Kontrolle über ihre Daten. Die IDA wird 2021 komplett ausgerollt und soll so der Wirtschaft sukzessive Anwendungsmöglichkeiten für effizientere digitale Prozesse ermöglichen. Die bereits 1,6 Mio. Anwender der Handy-Signatur werden dabei mit wenigen Klicks auf die IDA migriert.

Darüber hinaus wird die IDA die Grundlage für digitale Ausweise sein. Dazu hat die österreichische Verwaltung im Sommer 2020 die Stakeholder aus der Wirtschaft und die Datenschützer eingeladen, um gemeinsam an den Rahmenbedingungen für eine derartige Lösung zu arbeiten. Diese Ausarbeitungen sind parallel in ein Vergabeverfahren eingeflossen, das noch läuft. Es ist geplant, eine Plattform für digitale Ausweise bereitzustellen, die dann von Behörden und der Wirtschaft genutzt werden kann. Im 2. Quartal 2021 soll der digitale Führerschein in Österreich in einen Pilotbetrieb gehen. Dann kann man den Führerschein bei einer Polizeikontrolle mit dem Smartphone nachweisen und die Polizei ist

in der Lage, diesen zu überprüfen, auch wenn es vor Ort kein Internet gibt. Die Kontrolle der digitalen Ausweise soll aber nicht alleine den Behörden vorbehalten sein, auch private Personen können dann den digitalen Führerschein mit der Digitalen Amts APP überprüfen, wenn sie z. B. ihr Auto verborgen. Gerade in der Wirtschaft sind die digitalen Ausweise bzw. Nachweise von großem Interesse, da es viele Prozesse gibt, die heute auf der Vorlage eines Ausweises basieren, z. B. der Altersnachweis beim Disco-Besuch. Dazu wird die Vorlage von digitalen Ausweisen auch „unbeobachtet“ von einem zentralen System erfolgen können. Die Attribute der zentralen Register werden dazu auch offline in Form von digitalen Aus- und Nachweisen bereitstehen und der Bürger/die Bürgerin kann dann entscheiden, wer diese Daten bekommen darf, ohne dass dies über ein zentrales System abgewickelt wird.

Damit wird die österreichische Verwaltung die elektronische Identität mit der IDA und den digitalen Ausweisen im kommenden Jahr in eine neue Ära bringen. Die technischen Umsetzungen laufen auf Hochtouren, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen und die Kooperation mit der Wirtschaft ist angelaufen. Dies kann für Europa und die Digitalisierungsbestrebungen aller Mitgliedsstaaten ein Best Practice sein.

msg COMMENT

## Lockdown 2.0: Hätte er durch bessere digitale Maßnahmen verhindert werden können?



Von Dr. Georg Krause, CEO msg Plaut Austria

Seit Mitte Juni ist sie kontinuierlich wieder angestiegen, die Anzahl der aktiven Fälle in Österreich. Erst kaum merklich, da die Basis so gering war. Das hat aber nur darüber hinweggetäuscht, dass ab Mitte Juni der effektive Reproduktionswert  $R(\text{eff})$  in Österreich konstant über 1 lag und damit jeder Infizierte durchschnittlich mehr als einen anderen angesteckt hat. Oberstes Ziel der Politik war es, die Ausbreitung des Virus in Österreich zu verhindern. Dies erfolgte durch die allseits bekannten Schutzmaßnahmen, durch eine rasche Identifikation der Infektionsquellen (Contact Tracing) und durch Absonderung (Quarantäne Überwachung).

Dabei zeigen die Erfahrungen aus anderen (asiatischen) Ländern: Eine intensive Unterstützung mit digitalen Tools steigerte die Wirksamkeit, sodass eine rasche Ausbreitung verhindert werden konnte und in manchen Ländern sogar ein nahezu einschränkungsfreies Leben trotz Corona möglich ist.

Warum hat das in Österreich (und auch in anderen europäischen Ländern) nicht funktioniert? Die österreichische Regierung hat für digitales Contact Tracing die Stopp-Corona-App entwickelt; für die Quarantäne-Überwachung gibt es keine speziellen digitalen Tools. Selbst zu Beginn des 2. Lock-downs haben nur 1 Million Österreicher, also rund 12 % der Gesamtbevölkerung, die Stopp-Corona-App heruntergeladen und von mehr als 220.000 tatsächlichen Fällen kamen nur 4.300 COVID-Meldungen in der App (also etwa 2 %).<sup>2</sup>

Ein Hauptgrund für die mangelnde Verbreitung und die völlig unzureichende Nutzung liegt in der sehr ausführlichen politischen Diskussion vor dem Start der App. Dabei wurde die App mit Tracking der individuellen Bewegungsmuster, Big-Data-Analysemöglichkeiten, permanenter Überwachung und Eingriff in die Privatsphäre in Verbindung gebracht. Für die meiste Diskussion und Kritik sorgte die Frage, ob die App verpflichtend zu installieren ist. Für viele waren diese Diskussionen quasi der Todesstoß der App, da dies mit unserem Verständnis von individueller (Entscheidungs-)Freiheit nicht vereinbar ist. Der österreichische Vizekanzler Kogler hat sich daher auch beim Start der App gegen die Verpflichtung zur Installation ausgesprochen: „Die Hoffnung ist aber, dass es möglichst viele machen.“<sup>3</sup> Leider zeigen die Zahlen, dass diese Hoffnung nicht erfüllt wurde. Technisch gesehen, haben wir die gleichen Möglichkeiten und Voraussetzungen wie asiatis-

che Länder, aber wir haben in der Bevölkerung ein anderes Verständnis und das artikuliert Bedürfnis, über unsere Daten und unsere Privatsphäre selbst bestimmen zu können.

#### Lessons Learned?

Damit digitale Maßnahmen in derartigen Situationen mehr Wirksamkeit zeigen, ist neben den rein technischen Möglichkeiten auf folgende Faktoren größtes Augenmerk zu legen:

- **Transparenz:** z. B. durch Offenlegen des Source Codes
- **Datenschutz:** z. B. durch Einbinden unabhängiger Datenschutz-Experten
- **Umfassende politische Informationen und Überzeugungsarbeit:** eine möglichst über Parteigrenzen hinweg einheitliche Kommunikation, die die Menschen abholt, ihnen die Ängste nimmt, Vertrauen in die Datennutzung herstellt und die Notwendigkeit der Maßnahmen verständlich macht.

Nur durch die Kombination dieser Faktoren wird es gelingen, in bedrohlichen Situationen und Krisen effektiv digitale Tools zur Bekämpfung der Krise zum Wohle aller Bürger einzusetzen, wie das Beispiel Taiwan zeigt. Anders als andere Länder in der Region ist Taiwan eine „lebhafteste Demokratie“, in der die „Menschenrechte und Meinungsfreiheit geachtet werden“.<sup>4</sup> Trotzdem akzeptiert ein Großteil der Bevölkerung die durchaus tiefgreifenden Maßnahmen wie Funkzellenortung etc.<sup>5</sup>

Für die erfolgreiche Bekämpfung der COVID-Pandemie in Europa ist es daher wichtig, die Bevölkerung von der Sicherheit und Notwendigkeit digitaler Maßnahmen zu überzeugen. Dies ist keine Zeit zum Zögern, Lessons Learned müssen schnell verinnerlicht und umgesetzt werden. Nur so haben wir eine Chance zukünftig vergleichbaren globalen Krisen Herr zu werden.

1 Quelle: <https://orf.at/corona/daten/oesterreich> mit Stand 12.12.2020

2 Quelle: <https://www.trendingtopics.at/die-stopp-corona-app-ist-kein-erfolg-aber-diese-zahl-ist-am-enttaeuschendsten/> mit Stand 12.12.2020

3 <https://orf.at/stories/3160637/>

4 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/taiwan-node/politisches-portraet/200910>

5 <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/wie-taiwan-corona-erfolgreich-bekaempft-hat-17093793.html>

## INBRIEF

### Bessere Datennutzung mithilfe von Cockpits

In modernen Verwaltungsprozessen wird die Nutzung von Daten immer wichtiger. Da viele Informationen als unstrukturierte Daten vorliegen oder in abgetrennten Silos gespeichert sind, ist es für Beteiligte häufig schwer, eine Übersicht über Datenströme zu erlangen und komplexe Zusammenhänge zu verstehen.

Eine Lösung für dieses Problem bieten sogenannte Cockpits – Dashboards, in denen für die Anwender relevante Daten siloübergreifend aggregiert und visualisiert werden. Die im Cockpit dargestellten Daten können zur Kontrolle von Datenströmen oder zur Entscheidungsunterstützung verwendet werden.

Wie sich mit Dashboards Datenströme überprüfen lassen, soll der Prototyp „Datencockpit“ zeigen, der unter der Federführung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat und des Landes Berlins geplant wurde. Laut eines Artikels in Kommune21 am 13. November, werde das Tool Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick geben, welche Behörden wann und zu welchem Zweck Zugriff auf ihre Daten haben. Das Projekt sei als Grundlage für eine bundesweite, einheitliche Lösung geplant und werde auch in anderen Bundesländern implementiert werden.

Ausgestaltet als Entscheider-Cockpits, können Dashboards auch Entscheidungen im Verwaltungsbereich unterstützen. Dies zeigt das Projekt Gemeinde Cockpit. Das vom Prototypen Fund geförderte Vorhaben will Kommunen eine App zur Verfügung stellen, die tagesaktuelle Daten zu verschiedenen gemeindeinternen Abläufen erfasst und diese für Entscheidungsträger gebündelt darstellt. Laut dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat könnte das Dashboard beispielsweise über die Personalstärke von Feuerwehren und Krankenhäusern, über an Corona erkrankte und wieder geneigte Einsatzkräfte informieren oder den Gesundheitszustand in den Alten- und Pflegeheimen anzeigen. Das Projekt ist im Zuge des #WirVsVirus-Hackathons zum besseren Überblick über kritische Infrastrukturen während der Corona-Pandemie entstanden; künftig könnte das Tool auch für die Entscheidungsfindung in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Dr. Markus Richter, CIO des Bundes, sieht Vorteile in Cockpit-Tools: „Entscheider-Cockpits helfen der Verwaltung, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen, von denen alle profitieren.“

### GAIA-X: Europas Chance auf die Cloud-Hoheit

International spielen Cloud-basierte Anwendungen eine immer größere Rolle: Von dezentraler Speicherung von Daten, über temporär genutzte Rechenleistung von Hochleistungscomputern bis hin zu Teamprojekten sind solche Systeme kaum noch aus dem modernen Arbeitsleben wegzudenken.

In der hochvernetzten Welt der Daten besteht allerdings seit längerer Zeit das Problem, dass Europa mit Blick auf die IT-Infrastruktur und damit auch auf die zugehörigen Clouddienste international immer mehr zurückfällt. Primär bestimmen die USA den Cloud-Markt, was Anbietern wie Amazon oder Google erhebliche wirtschaftliche Vorteile einräumt. Dadurch geraten auf der einen Seite europäische Unternehmen wettbewerbstechnisch ins Hintertreffen, andererseits sind private und wirtschaftliche Akteure gezwungen, cloudbasierte Daten auf ausländischen Servern zu speichern. Datenschutz-Skandale wie der Hack der Firma Cambridge Analytica 2018 und rechtswidrige Verwendung persönlicher Daten durch große Internetkonzerne zeigen die Notwendigkeit eines inner-europäischen Systems. Zudem würde damit auch die Problematik der verschiedenen Rechtslagen zur Datenverwendung zwischen Europa und anderen Ländern umgangen.

Als Lösung wurde 2019 auf dem Digital Summit in Dortmund auf Initiative von Frankreich und Deutschland die GAIA-X-Initiative präsentiert.

GAIA-X hat zum Ziel, eine europäische, international wettbewerbsfähige IT-Infrastruktur aufzubauen, um Europa als Standort kompetitiver zu machen und die Datensouveränität zu gewährleisten. Das BMWi verlautbarte in einer Pressemitteilung vom 15. September, dass die Initiative „ein starkes Fundament für eine moderne Dateninfrastruktur der nächsten Generation sein [wird], die den Bedürfnissen von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gerecht wird.“

Die veröffentlichten Ziele sind aus europäischer Sicht erstrebenswert, allerdings gibt es auch kritische Stimmen. So ist immer noch unklar, wie das Projekt konkret umgesetzt werden soll und wie sich die hohen Bürokratie-Hürden der EU mit einem derart sensiblen Projekt in Einklang bringen lassen. Eine weitere Frage: Kann ein von öffentlicher Hand geführter Ansatz überhaupt den Vorsprung von Amazon und Co. noch einzuholen?

Bei mittlerweile deutlich über 300 Stakeholdern (Tendenz steigend) sind die Interessen und Orientierungen zudem stark verschieden und werden die Initiative zusätzlich verkomplizieren. Außerdem schließen sich zunehmend Firmen an, die aus europäischer Sicht fragwürdige Interessen vertreten, wie etwa Palantir und Huawei. Wie die weitere Entwicklung verläuft, bleibt abzuwarten.

#### **Upload-Filter als Urheberrechtsschutz oder Bedrohung für die Internetfreiheit?**

Im Internet wird jeden Tag eine schier unermessliche Flut an Informationen hochgeladen, bearbeitet und heruntergeladen. Aufgrund dieser nicht mehr zu überblickenden Menge an Daten, beschloss die Europäische Union am 26.03.2019 zum Schutze des Urheberrechts den rechtlich verpflichtenden Einsatz von automatischen Upload-Filtern. Der Abstimmung im Europäischen Parlament gingen heftige Wortwechsel um Grundfragen europäischer Werte voraus; das Ergebnis war extrem knapp.

Upload-Filter ermöglichen eine autonome Überprüfung von Inhalten auf Urheberrechtsverletzungen. Was zunächst unproblematisch klingt, stellt sich bei näherer Betrachtung

als rechtlich und gesellschaftlich schwer umsetzbar heraus. Dies liegt vor allem daran, dass lange nicht klar definiert wurde, was alles unter das zu schützende Urheberrecht fällt. Problemzonen sind neben den technischen Hürden u. a. Satire, die Nutzung von Text-, Video- oder Audio-ausschnitten aber auch Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit im Allgemeinen.

Mit dem kommenden März läuft die Zweijahresfrist der EU zur nationalen Umsetzung ab. Deutschland hat inzwischen einen überarbeiteten Referentenentwurf veröffentlicht, welcher der Umsetzung in nationales Recht dient. Laut einer Pressemitteilung des Bundesjustizministeriums vom 13. Oktober handelt es sich dabei um eine der "größten Urheberrechts-Reformen seit zwei Jahrzehnten". Die Koalition von Union und SPD verteidigt die Einführung gegen kritische Stimmen mit der Notwendigkeit Künstler, Künstlerinnen, Autorinnen, Autoren und Medienschaffende vor widerrechtlicher Verwendung ihrer Werke zu schützen. Die Kritik kommt vor allem von Datenschützern, Netzaktivisten und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die eine Einschränkung zentraler Grundfreiheiten befürchten.

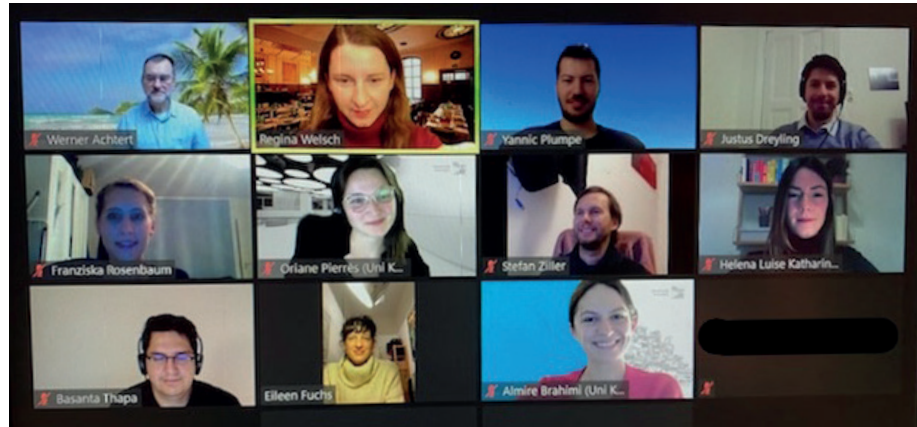
Ursprünglich sah der Plan der Bundesregierung vor, automatische Filter so weit wie möglich zu vermeiden. Der nun vorgelegte Referentenentwurf des Justizministeriums macht den Einsatz allerdings so gut wie unvermeidbar.

INPERSON

## Netzwerktreffen „Digitale Synergien“

Werteorientierte digitale Transformation – ein Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft

Werteorientierte digitale Transformation ist im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ein digitalpolitischer Schwerpunkt des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Bei der Videodiskussion „Digitale Synergien“ (12.11.2020) gab Eileen Fuchs, Leiterin des Referats „Grundsatz Digitalpolitik, EU und Internationales“ im BMI, Einblicke in die europapolitische Digitalagenda.



Dem BMI und der Bundesregierung sei es wichtig, den deutschen Ratsvorsitz dazu zu nutzen, die Gemeinwohlorientierung und Menschenzentriertheit der Digitalisierung voranzubringen. Ziel sei es, eine wertebasierte Umsetzung der Digitalisierung auf europäischer Ebene zu fördern.

Daher habe das BMI den deutschen Vorsitz im Rat der EU genutzt, um gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten ein Papier zu erarbeiten, das Standards für eine wertorientierte Umsetzung der Digitalisierung festlegt. Die [„Berlin Declaration on Digital Society and Value-Based Digital Government“](#) haben die zuständigen EU-Ministerinnen und Minister am 8.12.2020 unterzeichnet. Sie umfasst sieben Prinzipien für die digitale Gesellschaft:

1. Stärkung der Grundrechte und demokratischen Werte in der digitalen Welt
2. Förderung sozialer Teilhabe und Inklusion
3. Förderung digitaler Kompetenzen und Digital Literacy
4. Stärkung des Vertrauens in die digitale Verwaltung
5. Stärkung der digitalen Souveränität und Interoperabilität in Europa
6. Schaffung wertebasierter und menschenzentrierter KI-Systeme für den öffentlichen Sektor
7. Förderung der Resilienz und Nachhaltigkeit

Um diese Prinzipien umzusetzen, haben sich die EU-Mitgliedsstaaten auf Maßnahmen verständigt: Zur Förderung digitaler Kompetenzen sind beispielsweise Bildungsinitiativen vorgesehen, welche ein generelles Verständnis für den Umgang mit digitalen Technologien vermitteln sollen. Laut Eileen Fuchs sei es wichtig, Maßnahmen wie den von der finnischen EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2019 geförderten Kurs [Elements of AI](#) großflächig zu bewerben, um die Technologie den Menschen näherzubringen. Weitere Maßnahmen der Deklaration sehen den Beschluss von gemeinsamen europäischen Standards für Technologieanbieter in der öffentlichen Verwaltung oder die Einführung von Schutzmechanismen gegen gesetzeswidrige Diskriminierung durch die Nutzung von KI vor.

Mit der Berlin Declaration bringe die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die wertorientierte Umsetzung der Digitalisierung in Europa entscheidend voran. Der Fokus liege dabei auf der menschenzentrierten Umsetzung der digitalen Transformation. Die Verabschiedung einer weiteren Deklaration für die europäische Zusammenarbeit im Bereich Digitalpolitik ist für das kommende Jahr geplant. Unter dem Vorsitz der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft 2021 soll ein Papier zu wirtschaftlichen Aspekten der Digitalisierung unterzeichnet werden.

## INFOCUS

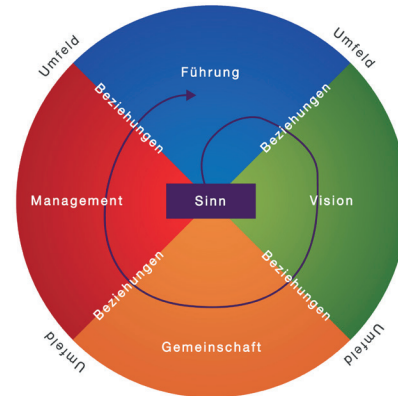
# Genuine Contact – echter Kontakt

Genuine Contact™ ist ein ganzheitlicher Ansatz für den Unternehmenserfolg, den Birgitt und Ward Williams entwickelt haben und den die internationale Genuine Contact Organisation vertritt. Genuine Contact™ ist ein etwas ungewöhnlicher Ansatz, der zu neuen Sichtweisen und Erkenntnissen einlädt. Die Aufgabe eines Genuine-Contact-Consultants ist es, das Lernen und die Transformation in Organisationen und in der Gesellschaft zu erleichtern.

Die Basis, aus der sich die Arbeitsweise des Genuine-Contact-Ansatzes ableiten lässt, sind folgende fünf Überzeugungen:

1. Alles ist mit allem verbunden. Menschen sind wertvoll.
2. Der Schlüssel zu Gesundheit und Balance steckt in jedem Lebewesen – auch in Organisationen.
3. Positiver Wandel in Organisationen bewirkt direkten positiven Wandel für die Menschen. Beides wird gebraucht für nachhaltige neue Wege des Arbeitens.
4. Effektivität erleben Individuen und Organisationen durch bewussten Umgang mit Veränderung.
5. Einfache Modelle und Prozesse führen zum Erfolg, wenn sie im Innern der Organisation entwickelt werden.

Die ultimative Voraussetzung für eine optimale Leistungsfähigkeit ist also, dass alle gesund und ausgeglichen sind. Dies gilt für Menschen, Organisationen und für die GC-Consultants selbst, die die Einführung und Anwendung des Ansatzes begleiten. Genuine Contact™ sieht die Blaupause, also das Wissen zu Gesundheit und Wohlstand, als prinzipiell bereits vorhanden an. Es geht darum, den Raum vorzubereiten und zu öffnen, damit beide auch entstehen können. Einfache Werkzeuge und Prozesse helfen, tiefere Einsichten in Zusammenhänge zu bekommen und somit ein neues Verständnis zu entwickeln. So gehört ein bewusster Umgang mit Trauerarbeit, die immer Begleiterscheinung von Veränderung ist, zu den entscheidenden vorbereitenden Maßnahmen. Nur damit lässt sich überhaupt eine



Organisationskompass © Genuine Contact

Bereitschaft herstellen, neue Wege zu gehen. Wenn dann das ganze System eingeladen wird und der Raum für Kreativität und inspirierten Austausch geöffnet ist, können erstaunliche Ergebnisse entstehen. Echte Beteiligung und echter Kontakt initiieren erfolgreiche, nachhaltige Änderungen innerhalb der Organisation, die deren gesamtes Potenzial berücksichtigen.

In der Umsetzung setzt Genuine Contact also auf Lernen, Bewusstsein, eine partizipative Architektur, wozu u. a. Open-Space-Konferenzen gehören, und einfache Werkzeuge, wie den Organisationskompass.

Beispiele für den vielfältigen Einsatz von Genuine Contact sind die konsequent als Genuine-Contact-Organisation gegründete NIIT Foundation in Indien, die Einführung bei Amsterdam Airport Schiphol in den Niederlanden oder ein mit dem Ansatz moderierter Dialogprozess zur Stadt-Umland-Kooperation in der Großstadt-Region Berlin.

Weiterführende Informationen zu Genuine Contact™: <https://genuinecontact.net>.

Von Alina Stosiek, Lead Business Consultant, msg



## POLITICAL VOICE

Von Maik Beermann, MdB, Obmann im Ausschuss Digitale Agenda für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

## Digitalisierung im ländlichen Raum



Die Corona-Pandemie hat wie ein Brennglas gewirkt und den Fokus auf die Leistungsfähigkeit unserer Digitalisierung gerichtet. Als Home-Office Normalität und Videokonferenzen ebenso Alltag wie der digitale Austausch von Daten wurde, wurde deutlich, dass die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und die Digitalisierung der Verwaltung und Schulen im ländlichen Raum zu wesentlichen Teilen an der Internetversorgung hängen. Auch künftig werden wir zum Beispiel in der Pflege, in der medizinischen Versorgung und in der Landwirtschaft um den Einsatz digitaler Werkzeuge nicht mehr herumkommen. Digitalisierung auf dem Land wird aus Dörfern oder Städtchen zwar keine Metropolen machen, aber sie kann Nachteile in der Daseinsvorsorge und medizinischen Versorgung abfedern. Zukunftsfähiges Arbeiten und Leben auf dem Land setzt eine zeitgemäße digitale Infrastruktur voraus.

Da Politik mit dem Betrachten der Wirklichkeiten beginnt, müssen wir beim Blick auf den flächendeckenden Breitband- und Mobilfunkausbau klar nachlegen und besser werden. Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit müssen ebenso

klar benannt wie abgestellt werden. So war mit Sicherheit die Förderkulisse zu Beginn zu kompliziert. Zu lange wurde außerdem auf Vectoring gesetzt. Vor Ort fehlen Tiefbaukapazitäten, denn ein Glasfaserkabel verlegt sich eben nicht auf Knopfdruck. Auch das Errichten eines Mobilfunkmasts löst und löste mancherorts Widerstand aus. Der am 1. Dezember 2020 erschienene Breitbandatlas des Bundes zeigt die Lücken auf – gerade im ländlichen Raum.

Zur Wahrheit gehört für mich aber genauso, dass man den positiven Trend in den letzten Monaten und Jahren wahrnimmt. Unsere Infrastruktur wird von Jahr zu Jahr besser. Auch die aktuelle VATM-Studie zeigt die guten Entwicklungen in der Breite. Die Zahl der gigabitfähigen Festnetzanschlüsse in Deutschland hat in diesem Jahr kräftig zugelegt. Bis Ende 2020 können 62 Prozent der deutschen Haushalte einen Gigabit-Anschluss buchen. Der Anteil der Glasfaseranschlüsse bis in die Gebäude und Wohnungen hat einen Zuwachs von 1,1 Millionen auf insgesamt 6,1 Millionen. Das sind alles Zeichen, dass es vorangeht.

Die Corona-Pandemie hat der Digitalisierung einen zusätzlichen Schub verliehen, denn das Bewusstsein für Digitalisierung ist insgesamt deutlich gewachsen. Ich sehe, dass sich die Länder, Landkreise und Kommunen noch intensiver damit auseinandersetzen. Auch der Bund hat finanziell mit dem Zukunftsprogramm seine Anstrengungen verstärkt. Mithilfe der Förderprogramme von Gewerbegebieten, Schulen und Krankenhäusern wird der Glasfaserausbau in der Fläche ungemein erleichtert. Gleichzeitig wurden die Förderverfahren vereinfacht. Im europaweiten Vergleich hat sich Deutschland vorgekämpft und belegt nun den fünften Platz der am schnellsten wachsenden Glasfasermärkte.

Wir haben noch eine Wegstrecke vor uns, aber wir sind inzwischen deutlich besser unterwegs!

## TERMINANKÜNDIGUNGEN

### 22.12.20, Ringvorlesung „Digital Tuesday“

Interdisziplinärer Wissensaustausch mit Expertinnen und Experten zu aktuellen Themen aus der Unternehmens- und Wissenschaftspraxis.

**Veranstalter:** Hochschule Konstanz

**Ort:** Online

**Anmeldung unter:** [digitaltuesday@htwg-konstanz.de](mailto:digitaltuesday@htwg-konstanz.de)

### 14.01.21, Webinar „Datenschutzwissen für die IT-Abteilung von Gesundheitseinrichtungen“

Webinar zur Weiterbildung von IT-Mitarbeitern und IT-Mitarbeiterinnen aus dem Gesundheitsbereich.

**Veranstalter:** Deutsches Krankenhaus Institut (DKI)

**Ort:** Online

**Anmeldung unter:** [https://www.dki.de/veranstaltungen/webinar-datenschutzwissen-fuer-die-it-abteilung-von-gesundheitseinrichtungen?v=3077%3Futm\\_source%3Ddigital-health-events.de](https://www.dki.de/veranstaltungen/webinar-datenschutzwissen-fuer-die-it-abteilung-von-gesundheitseinrichtungen?v=3077%3Futm_source%3Ddigital-health-events.de)

### 21.01.21, Abendveranstaltung „FinTech Roadshow 2020“

Abendveranstaltung zur Nutzung von FinTech für den Mittelstand mit Expertenvorträgen und Möglichkeiten zur gegenseitigen Vernetzung

**Veranstalter:** \_Gemeinsam digital (In Kooperation mit BMW / Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Augsburg)

**Ort:** Fraunhofer IGCV, Am Technologiezentrum 10, 86159 Augsburg

**Anmeldung unter:** <https://www.eventbrite.de/e/-fintech-roadshow-2020-augsburg-registrierung-96404332955>

### 09.02.2021, Webinar, Künstliche Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung

Webinar zu Einsatzmöglichkeiten und Nutzungspotentialen von Künstlicher Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung

**Veranstalter:** Behörden Spiegel

**Ort:** Online

**Anmeldung unter:** [https://www.fuehrungskraefte-forum.de/detail.jsp?v\\_id=6388](https://www.fuehrungskraefte-forum.de/detail.jsp?v_id=6388)

## MITWIRKENDE AUTOREN:



Alina Stosiek



Helena Schmitt



Balthasar Kirchgäßner

## IMPRESSUM

### Herausgeber

msg systems ag  
Robert-Bürkle-Straße 1  
85737 Ismaning/München  
Deutschland

### Verantwortlich:

Dr. Stephan Frohnhoff  
Rolf Kranz  
Bernhard Lang  
Karsten Redenius  
Dr. Jürgen Zehetmaier

### Redaktionsleitung:

Regina Welsch  
msg systems ag  
Friedrichstraße 120, 10117 Berlin  
Mobil: +49 1520 238 5842  
E-Mail: [public-affairs@msg.group](mailto:public-affairs@msg.group)